

27.06.2018

Kleine Anfrage 1199

des Abgeordneten Stefan Kämmerling SPD

Weiterleitung von EU-Mitteln für Flüchtlinge an die Kommunen.

Die Finanzierung von Flüchtlingen und damit verbundener Kosten wurde und wird zu einem entscheidenden Teil von den Kommunen in NRW geleistet.

Das Land übernimmt die Kosten für Asylbewerber nur für bis zu drei Monate nach Abschluss des Asylverfahrens, bevor die Kommunen in die Pflicht rücken. Schnellere Asylverfahren haben zur Folge, dass ein schnellerer Wechsel des Rechtskreises vom AsylbLG zum SGB II stattfindet und dementsprechend, spätestens nach Ablauf der sogenannten „Drei-Monats-Frist“, sämtliche Kosten von den Kommunen (über die dann kommunal zuständigen Jobcenter) zu tragen sind.

Zwar konnte unter der Landesregierung von 2010-2017 die Zahl der Kommunen in der Haushaltssicherung von 138 auf lediglich neun gesenkt werden, doch ist Haushaltsdisziplin in den Rathäusern nach wie vor notwendig. Kommunen sind durch die Kosten, die ihnen durch Flüchtlinge, deren Asylantrag entschieden wurde und die sich außerhalb der genannten „Drei-Monats-Frist“ befinden, vor eine enorme Belastungsprobe gestellt. Diese Belastung strapaziert nicht nur die Kämmerer in den Rathäusern, sondern stellt auch die Bevölkerung und damit die Gesellschaft weiterhin vor eine Herausforderung, denn die Belastung der Kommunen beginnt durch den Rechtsträgerwechsel ins SGB II zeitversetzt und damit antizyklisch zu der tatsächlichen (inzwischen rückläufigen) Aufnahme der Flüchtlingen.

Der Kämmerer der in meinem Wahlkreis liegenden Stadt Eschweiler rechnete kürzlich vor, dass der Stadtkasse allein in Eschweiler so eine Erstattung in Höhe von 2,7 Millionen Euro fehle.¹

Kürzlich wurde bekannt, dass die Europäische Union erwägt, Ausgleichszahlungen für Länder vorzunehmen, die besonders viele Flüchtlinge aufgenommen haben. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich der Aufnahme von Flüchtlingen, trotz unsolidarischen Verhaltens vieler

¹ <http://www.aachener-nachrichten.de/lokales/eschweiler/streit-um-geld-fuer-geduldete-fluechtlinge-auch-in-eschweiler-1.1919124>

Datum des Originals: 26.06.2018/Ausgegeben: 27.06.2018

anderer EU-Staaten, nie verschlossen und seit 2013 verantwortlich gezeigt. Infolgedessen waren unsere Kommunen das Rückgrat dieser Solidarität und haben organisatorisch, wie auch finanziell dafür gesorgt, dass geflüchtete Menschen aufgenommen und versorgt werden konnten.

Den Berichten zufolge könnten durch die angesprochenen Mittel der Europäischen Union in den nächsten Jahren 4,5 Milliarden Euro nach Deutschland fließen.² Das Geld der EU soll aus den Strukturförderfonds für wirtschaftlich schwache Regionen entnommen und in der kommenden Haushaltsperiode („Mehrjähriger Finanzplan 2021 bis 2027“) verteilt werden, so Medienberichte.³

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Ist die Landesregierung der Meinung, dass die genannten EU-Mittel für entstandene Flüchtlingskosten in vollem Umfang an die Kommunen weitergeleitet werden müssen?
2. Nutzt die Landesregierung ihren Einfluss im Bund, wenn ja in welcher Form, auf den Prozess der Verteilung solcher EU-Mittel für Flüchtlingskosten Einfluss zugunsten der Bürgerinnen und Bürger in NRW zu nehmen?
3. Welche Auswirkungen hätte eine Weiterleitung der Milliardenhilfe auf die fünf in meinem Wahlkreis liegenden Kommunen (Eschweiler, Stolberg, Roetgen, Simmerath und Monschau)?
4. Wie wird die Landesregierung, unabhängig von der potenziellen Verteilung von EU-Mitteln, dafür sorgen, dass Kommunen in NRW durch Flüchtlingskosten nach Rechtsträgerwechsel vom AsylbLG zum SGB II nicht finanziell überlastet werden?
5. Wann wird die Landesregierung, wie vor der Landtagswahl 2017 regelmäßig postuliert und versprochen, die Integrationspauschale des Bundes in vollem Umfang an die Kommunen weiterleiten, um kommunale Haushalte zumindest in Teilen zu entlasten?

Stefan Kämmerling

² <https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-06/eu-entschaedigung-deutschland-fluechtlinge-milliarden-ausgleich>

³ <http://www.sueddeutsche.de/politik/migrationspolitik-deutschland-soll-offenbar-eu-milliarden-fuer-fluechtlinge-erhalten-1.3998054>